

Schweizerischer Juristentag 2007 in Luzern

Der Text des Gesetzes: Genealogie und Evolution von Art. 1 ZGB

MARC AMSTUTZ

Eugen Huber lehrte, dass Recht unter dem Einfluss der laufend sich wandelnden Bedürfnisse stehen muss. Das „lebendige Wachstum“ des Rechts dürfe nicht durch „starre Formen“ behindert werden, „die einer tieferen Auslegung und Weiterbildung weder fähig sind, noch auch nur bedürftig erscheinen“. In einem Kodifikationssystem – darüber war sich Eugen Huber im klaren – konnte dieses Ziel nur erreicht werden, wenn man neben dem Gesetz noch andere Rechtsquellen zulässt, also auf der Basis einer pluralistischen Rechtsquellenlehre arbeitet. In diesem Sinne hat Eugen Huber festgehalten, dass „das Recht nicht durch die Gesetzgebung geschaffen, sondern durch die Gesetze nur wider spiegelt [wird], während die Schaffung des Rechts Mächten überlassen wird, über die der Gesetzgebung keine Gewalt zusteht“.

Diese Überlegungen haben Eugen Huber bei der Ausarbeitung von Art. 1 ZGB geleitet. In seinen Augen kam dabei der Formulierung des Gesetzestextes in „volkstümlicher“ Sprache eine bedeutsame Rolle für die Gewährleistung der Evolutionsfähigkeit des Rechts zu: Die durch das Volkstümlichkeitskonzept bedingte Offenheit des Textes des ZGB sollte ermöglichen, dem Wandel der Auffassungen in der Gesellschaft bei der Anwendung des Gesetzes Rechnung zu tragen. So schrieb Eugen Huber in den Erläuterungen zum Vorentwurf des ZGB: „Die Ansichten können ... während der Lebensdauer des Gesetzes wechseln, und es wäre schwerlich zu empfehlen, den Gesetzestext so zu fassen, dass alsdann eine jede Anpassung der Praxis an solchen Wandlungen ohne Abänderung des Gesetzes ausgeschlossen würde“.

Diese Auffassungen von Eugen Huber haben sich in der schweizerischen Methodenlehre nicht durchgesetzt. Im Laufe der Zeit hat sich der Fokus verlagert: Während für Eugen Huber die Frage im Mittelpunkt stand, wie methodisch mit einem offenen Gesetzestext umzugehen ist, um die Entfaltung der „Mächte“ des Rechts zu ermöglichen, „über die der Gesetzgebung keine Gewalt zusteht“, hat sich in der Schweiz allmählich ein anderes Verständnis der Funktion von Methode durchgesetzt. Als hauptsächlicher Referenzpunkt von Methodenregeln wurde das Gewaltenteilungsprinzip angeschaut. Entsprechend wurde die Methodenlehre in erster Linie als Instrument der Abgrenzung von Recht und Politik verstanden: Es wurde ihr aufgetragen, dafür zu sorgen, dass der Richter keine politischen Wertungen vornimmt, sondern lediglich die von der Politik vorbestimmten Wertungen auf den Einzelfall umsetzt. Die Rechtsmethodik von Arthur Meier-Hayoz bildet der Höhepunkt dieser Entwicklung. Sie ist im Kern heute noch vorherrschend.

Unumstritten ist sie allerdings nicht mehr. Denn in ihrem Streben, zwischen Recht und Politik eine möglichst dichte Wand zu errichten, hatte sie unbeabsichtigt eine Abschottung des Rechts von den anderen Bereichen der Gesellschaft (Wirtschaft, Kunst, Sport, Erziehung, Familie usw.) zur Folge. Entsprechend sind in der Gerichtspraxis rechtsmethodische Zersetzungserscheinungen festzustellen. Der eindrücklichste Ausdruck dieser Zersetzung ist der vom Bundesgericht praktizierte „pragmatische Methodenpluralismus“, der den Gedanken aufgibt, dass die Methodenregeln den Richter leiten, obschon dieser Gedanke der eigentliche Sinne jeglicher Rechtsmethodik darstellt. An die Stelle dieses Gedankens tritt die Vorstellung, dass es der Richter ist, der die Methode „leitet“, d.h. dass der Richter selber wählt, welche Methode er befolgen will.

Eine solche Rechtsmethodik übt seine Funktion nur noch beschränkt aus und sollte überdacht werden. Eine Möglichkeit, diese Aufgabe zu erfüllen, bietet die moderne Texttheorie an, namentlich die Grammatologie von Jacques Derrida, die einen Anschluss an die Überlegungen von Eugen Huber zu Art. 1 ZGB erlaubt. Der vorliegend zusammengefasste Beitrag zum Schweizer Juristentag 2007 versucht, die Chancen und Risiken einer solchen Rekonstruktion der Rechtsmethodik auszumessen.